

## Schwarz-Gelb bremst die Energiewende aus

- Von Bettina Hagedorn -

*Ein Jahr nach dem Erdbeben und der Atomkatastrophe in Fukushima und dem anschließenden schwarz-gelben Rückwärtssalto von der Verlängerung für die Laufzeit der Atomkraftwerke in Deutschland ist die energiepolitische Bilanz von CDU, CSU und FDP zweifelhaft. Die Bundesregierung bremst erneuerbare Energien und den Netzausbau aus. Die für den 1. April vorgesehene kurzfristige, radikale Absenkung der Solarförderung um bis zu 30 Prozent ist für die SPD komplett inakzeptabel.*

Was CDU-Staatssekretärin Reiche im Bundestag zynisch als „Schlankheitskur“ für die Solarbranche bezeichnete, gefährdet bundesweit ca. 130.000 Arbeitsplätze in der Solarbranche selbst sowie vor allem in den Handwerksbetrieben, die im Vertrauen auf Planungssicherheit in erneuerbare Energien investiert haben. Mit ihrem beispiellosen Zick-Zack-Kurs und den gezielten Eingriffen in das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm gefährdet Schwarz-Gelb mutwillig eine erfolgreiche Energiewende.

Dabei ist die gebetsmühlenartig vorgetragene Behauptung von der strompreistreibenden Förderung der erneuerbaren Energien nachweislich falsch. Es ist die von Schwarz-Gelb beschlossene pauschale Besserstellung von vielen Unternehmen als Großkunden sowie die rücksichtslose Klientelpolitik zu Gunsten der vier großen Energiemonopolisten, die deren Milliardengewinne und den Strompreis in die Höhe treiben. Der RWE-Vorstand bestätigte vor wenigen Tagen, dass die Zunahme des Solarstroms zu der im Energiehandel teuren Mittagszeit einer weiteren Gewinnmaximierung von RWE entgegensteht.

Auch die SPD ist zu einer Absenkung der Photovoltaik-Förderung um ca. 20 Prozent innerhalb einer Gesamtkonzeption mit der langfristig planbaren Reduktion der Fördersätze bereit. Der Branche muss aber ein volkswirtschaftlich gesundes Wachstum weiterhin ermöglicht werden, weil wir Photovoltaik als wichtige Ergänzung zu anderen erneuerbaren Energien für den Ausstieg aus der Atomkraft brauchen. Gift für erneuerbare Energien sind öffentliche Scheindebatten der Koaliti-



Foto: © REpower Systems AG

on zu Förderstopps, die zu Torschlusspanik bei den Hauslebauern und zu Marktüberhitzungen bei den Herstellern führen. Die aktuelle Kürzung der Photovoltaik-Förderung – ebenso wie die Novelle der Kraft-Wärme-Kopplung-Förderung zum Nachteil von Fernwärme – ergeben das Gesamtbild, dass Schwarz-Gelb den Energiewechsel erst verschlafen hat und nun von allen Seiten demontiert.

Schleswig-Holstein deckt bereits heute mehr als 50 Prozent seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energien. Vor allem die Windkraftbranche auf dem Land kann jedes Jahr neue Rekorde bei der Stromer-

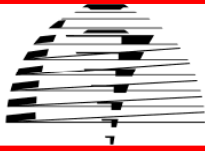
zeugung melden und ist für Stromkunden die mit Abstand preiswerteste Alternative. Aber auffallend oft werden an Nord- und Ostseeküste bei bestem Wind die Rotoren abgeschaltet, weil E.ON zwischen Flensburg-Brecklum, Heide-Pöschendorf und Göhl-Lübeck seit zehn Jahren den Netzausbau mutwillig verschleppt.

Noch im August 2011 hielten die Landesregierung, E.ON Netz und Tennet in einer sogenannten Beschleunigungsvereinbarung fest, dass „Anfang 2015 mit dem Bau der 380 KV-Höchstspannungstrasse inklusive der 110-KV-Zulei-

- Fortsetzung auf Seite 2 -

### Weitere Themen dieser Ausgabe

- Der Bürger Gauck und die Demokratie **Seite 3**
- Aufbruch in der Ostseepolitik **Seite 4**
- Falsche Versprechen zum Elbtunnelbau **Seite 6**
- Meeresforschung made in Schleswig-Holstein **Seite 7**
- Sieben Zukunftsprojekte der Fraktion **Seite 8**
- So geht es weiter in der Frauenpolitik **Seite 11**



- Fortsetzung von Seite 1 -

tungen in Schleswig-Holstein begonnen werden kann.“ Im Februar 2012 dann die lapidare Ankündigung des Netzbetreibers Tennet, wegen Personal- und Finanzierungsengpässen den 380kV-Netzausbau in Ostholstein zu stoppen und den Hoch- und Höchstspannungsausbau in Schleswig-Holstein abzu-bremsen. Das niederländische Staatsunternehmen ist offenbar mit dem Netzausbau überfordert. Erst 2020 soll der Netzengpass im Osten des Landes angeblich beseitigt werden.

Tennets Versuch, die Konsequenzen aus ihren eigenverantwortlichen Planungsmängeln auf die betroffenen Betreiber von Windkraftanlagen abzuwälzen, ist inakzeptabel. Mein Bundestagskollege Rolf Hempelmann hat sich in dieser für Schleswig-Holstein so wichtigen Frage auf meine Bitte engagiert. Als Beiratsmitglied der Bundesnetzagentur hat er in einem Schreiben an deren Präsidenten Matthias Kurth eine kurzfristige Ursachenanalyse zu den Tennet-Problemen im Norden veranlasst und um die Darstellung von möglichen Handlungsoptionen zur nächsten Beiratssitzung Ende März gebeten. Wir bleiben am Ball!



Bettina Hagedorn, MdB

## Maritime Betriebsrätekonferenz

### Perspektiven für Schiffbau, Meerestechnik und Offshore-Branche

Segel hissen für den ersten Küsten-Talk: Mit regelmäßigen Betriebsrätekonferenzen an Nord- und Ostsee möchte die SPD-Bundestagsfraktion den Austausch mit Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben entlang der Küsten verstärken. Der Auftakt dieser Veranstaltungsreihe findet am



Volker Schlotmann, Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung von Mecklenburg-Vorpommern

Dienstag, den 3. April 2012 von 15 bis 17.30 Uhr im Rathaus Lübeck statt.

Nach einem Impulsreferat von Volker Schlotman, Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, gibt es zwei Diskussionsrunden mit Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Politik. So geht es ab 15.30 Uhr um das Thema „Norddeutschland goes offshore: Chancen für den Mittelstand“. Mit dabei sind u.a. Heino Bade (IG Metall-Bezirk Küste) und Frank Schnabel (Hafenkooperation „Offshore-Häfen Nordsee SH“.

Ab 16.15 Uhr diskutieren u.a. Donald Magdanz von Vestas Deutschland und Ralf Sören Marquardt vom Verband für Schiffbau und Meerestechnik über das Thema „Rückenwind für



Der Bremer Abgeordnete Uwe Beckmeyer ist Maritimer Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion

Jobs: Fachkräfte für Schiffbau und Offshore“. Ebenfalls vor Ort sind die MdBs Gabriele Hiller-Ohm, Uwe Beckmeyer, Ingo Eglhoff, Ernst Dieter Rossmann und Hans-Peter Bartels.

Alle Interessierten sind herzlich willkommen. Anmeldungen bitte per E-Mail an [gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de](mailto:gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de).

## Gewappnet für den Offshore-Boom?

### Anfrage zum Fachkräfte- und Qualifizierungsbedarf in der Windenergiebranche

Nach dem Urteil aller Fachleute werden in den kommenden Jahren tausende Arbeitsplätze in der Offshore-Windenergiebranche entstehen. Experten der Windenergie-Agentur Bremerhaven/Bremen rechnen mit einem Zuwachs von 30.000 Stellen. Gleichzeitig zeichnet sich bereits jetzt ein Mangel an qualifiziertem Fachpersonal ab.

Die Küstengang, ein Zusammenschluss von SPD-Bundestagsabgeordneten aus Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, will es nun genau wissen und hat eine Kleine Anfrage mit

61 Fragen an die Bundesregierung für die SPD-Bundestagsfraktion zusammengestellt.

Der Sprecher der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein Ernst Dieter Rossmann: „Bis dato ist nicht ersichtlich, dass Deutschland beispielsweise in punkto Aus- und Weiterbildung ausreichend auf den großen Bedarf an Fachkräften im Bereich der Offshore-Windkraft vorbereitet ist. Dabei hängt davon unmittelbar ab, wie stark Schleswig-Holstein und die anderen nördlichen Bundesländer von der zu erwartenden Wertschöpfung dieser boo-

menden Branche partizipieren können.“

Derzeit mangelt es nach Auffassung der Küstengang unter anderen an ausreichend Qualifizierungsmöglichkeiten sowie an verbindlich festgelegten Mindestanforderungen für die neu entstehenden Berufsfelder. Rossmann: „Angesichts der großen Bedeutung für die Energiewende sollte die Bundesregierung auch darüber nachdenken, mit staatlichen Förderprogrammen die Umsetzung und den Ausbau branchenspezifischer Ausbildung in der Offshore-Windenergiebranche zu unterstützen.“

## Der Bürger Gauck und die Demokratie

*Ein neuer politischer Stil, neue Themen – viele freuen sich auf den neuen Bundespräsidenten. Ich auch. Er hat ein Lebensthema, das uns gut tun wird: Freiheit und Demokratie. Darüber wird Joachim Gauck, der ostdeutsche Pfarrer und Revolutionär, wahrscheinlich nachdrücklicher sprechen als jeder seiner Vorgänger.*

Allzu lange ist überall, in den Medien wie in unseren Ortsvereinsversammlungen, über grassierende Politikverdrossenheit, über das angemäßte Primat der Ökonomie und über die landläufige Demokratieverachtung geklagt worden. Nur als politisches Reformfeld war „Demokratie“ irgendwie kein attraktives Thema.

Natürlich, es ist wahr, der zweite deutsche Demokratieversuch, die Bundesrepublik Deutschland, ist unge-

wöhnlich erfolgreich. Nach 1914/18, nach 1933-45 und 1989/90 ist es unglaublich, wo wir heute stehen. Es ist „unglaublich“ – das sagte Helmut Schmidt in seiner großen Rede auf dem SPD-Parteitag Anfang Dezember 2011.

Dennoch: Wir müssen über Verbesserungen der Bildung zur Demokratie hin reden. Und dabei können viele sich angesprochen fühlen:

- ▶ die Schulen und die Schulpolitik und eigentlich schon die Kindergärten,
- ▶ auch die Medien, Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen und, so schwierig das ist, auch diejenigen, die sich im Internet für irgendetwas verantwortlich fühlen,
- ▶ natürlich die klassische politische Bildung, aber auch etwa die Jugendverbände, von Gewerkschafts- bis Sportjugend, die früher (staatlich finanziert) in den Ländern eigene Jugendbil-

dungsreferenten hatten (längst eingesparter Luxus ...),

▶ und der politische Betrieb selbst muss sich angesprochen fühlen, die Gewählten in Parlamenten und Regierungen, die Abgeordneten, Bürgermeister, Parteifunktionäre und Generalsekretäre, die das öffentliche Bild der gelebten Demokratie unseres Landes prägen.

Wie reden wir selbst über Politik? Und welches Gerade nehmen wir hin? Welche Verhaltensweisen transportieren demokratischen Geist und welche appellieren an obrigkeitlichen Gefolgschaftsglauben?

Wenn wir politisch Engagierten von anderen erwarten, dass sie es vielleicht sogar besser tun, dann sollten wir mit uns selbst anfangen:

▶ mit unseren Sprachmustern, die zum Beispiel allzu oft darauf hinauslaufen, dass Streit etwas Schlechtes sei und Kompromisse immer faul und als gäbe es ein objektiv zu ermittelndes

Gemeinwohl, das zu erkennen der politische Gegner nur immer zu dumm oder verblendet sei. Das sind die falschen Bilder!

▶ Wir sollten öfter, wie Gesine Schwan gesagt hat, wenn wir öffentlich sprechen, die Bedingungen unseres politischen Handelns mit thematisieren. Sie sind vielen, die uns zuhören, nicht immer klar.

▶ Und wir können Regeln verändern, um Missstände zu beseitigen und um Missverständnissen vorzubeugen, etwa bei Nebentätigkeiten von Abgeordneten oder Spenden an Parteien.

Das sind nur einige Beispiele. Es geht immer auch um neue Formen der „Bürgerbeteiligung“ und um plebiszitäre Elemente im bewährten repräsentativen System, aber gewiss nicht um die Neuerfindung der Demokratie, sondern um die Verbesserung unserer demokratischen Praxis auf allen Ebenen, von allen Seiten. Jede Bürgerin, jeder Bürger kann dazu beitragen. Der Bürger Gauck wird wohl daran erinnern. **Hans-Peter Bartels**



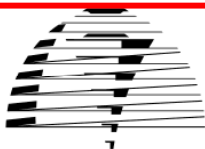
Die zwei Wahlfrauen Bettina Hagedorn und Heide Simonis auf dem Fest im Goya



Joachim Gauck bei der SPD-Fraktionssitzung der SPD am Vorabend der Bundesversammlung



Stephan Weil, Torsten Albig und Christian Ude am Rande der Bundesversammlung im Plenarsaal



## - Termine -

**12.04.2012, 17.30 Uhr,  
Heide:**

Über die „Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum“ möchte **Bettina Hagedorn** gern mit interessierten Gästen im Bürgerhaus, Neue Anlage 5, diskutieren. Referenten sind Gesundheitsausschuss-Mitglied **Mechthild Rawert**, MdB und der Vize-Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Dithmarschen, **Thomas Bultjer**. Anmeldung und Informationen unter: [bettina.hagedorn@wk.bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@wk.bundestag.de).

**17.04.2012, 19.30 Uhr,  
Lensahn:**

Der Bundestagsabgeordnete **Sören Bartol**, Mitglied in der AG Energie der SPD-Bundestagsfraktion, ist Referent der Diskussionsveranstaltung zum Thema „Energiewende in Gefahr“, zu der **Bettina Hagedorn** Interessierte herzlich einlädt. Ort des Geschehens sind die Gildestuben in der Dr.-Julius-Stinde-Straße 2. Anmeldung und Infos unter: [bettina.hagedorn@wk.bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@wk.bundestag.de).

**20.04.2012, 19 Uhr,  
Neustadt:**

„Gute Arbeit + faire Löhne = armutsfeste Rente!“ - lautet die Rechnung, die von **Bettina Hagedorn** und ihren Gästen bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung im „Hotel Stadt Kiel“ in der Lienastraße 8 aufgemacht wird. Referenten sind **Anton Schaf**, rentenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und **Lars Winter**, SPD-Kreisvorsitzender Ostholstein. Anmeldung und Infos unter: [bettina.hagedorn@wk.bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@wk.bundestag.de).

## 20 Jahre Ostseerat -

## Neuer Aufbruch in der Ostseepolitik

*Die Landesregierung sonnte sich im Februar beim 20jährigen Ostseerats-Jubiläum im Schloss Plön im internationalen Glanz. Dabei geht von ihr nicht gerade viel Strahlungskraft in der Ostseepolitik aus.*

Es war Björn Engholm, der nach dem Fall des Eisernen Vorhanges, von der „Politik einer guten Nachbarschaft“ sprach und schon viel früher damit begann, die alte Hanse-Idee vom blühenden Handel und Wandel in die Moderne zu übertragen. Und in der Ostseeparlamentarierkonferenz war der ehemalige SPD-Landtagspräsident Heinz-Werner Arens einer der Aktivsten. Zu Recht kritisiert die SPD-Landtagsfraktion in ihrem aktuellen Landtagsantrag, dass Schleswig-Holstein diese führende Rolle als Impulsgeber einer engagierten Ostseepolitik verloren hat. Es mangelt an einer klaren Ostseestrategie der Landesregierung.

Gerade im Dreieck Kopenhagen - Hamburg - Schwerin liegen vielfältige Chancen für einen wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Aufbruch. Unter anderem in der Maritimen Wirtschaft, dem Gesundheitssektor, den erneuerbaren Energien, dem grünen Tourismus, bei Wissenschaft und Forschung sowie

dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Die Fehmarnbelt-Querung wird eine weitere wichtige Verbindung zwischen dem Norden und Europa sein. Aber auch Polen, das Baltikum, Kaliningrad und St. Petersburg verdienen größere Aufmerksamkeit.

Notwendig ist eine integrierte Meerespolitik mit dem Ziel eines umweltschonenden Seeverkehrs. Das Projekt „Baltic Clean Shipping“ braucht noch mehr Unterstützung. Gleiches gilt für Hafenhinterlandanbindungen in einem integrierten Verkehrskonzept. Anstatt eines „Messestreits“ in der Windenergie mit der Freien und Hansestadt Hamburg gilt es unsere Stärken zusammenzufassen. Bis 2020 sollen bis zu 2000 Windräder auf deutschen Meeresboden installiert werden. Gemeinsam können wir davon profitieren. Mit 200.000 Beschäftigten im Gesundheitssektor haben wir beste Voraussetzungen uns mit den anderen Ostseeanrainern den Herausforderungen der älter wer-

denden Gesellschaft, der Pflege und der Forschung nach neuen Medikamenten zu stellen.

Wir brauchen mehr Aktivitäten für die Kooperation der Ostsee-Hochschulen mit dem Ziel einer virtuellen Ostsee-Universität. Ähnliches gilt für die Schulen, um von unterschiedlichen Bildungskulturen zu lernen. Auch bei dem dringenden notwendigen gemeinsamen Auftreten aller norddeutschen Ostsee-Küstenländer in Berlin und Brüssel ist bei der jetzigen Landesregierung Fehlanzeige. Ihre halbherzige Dänemarkstrategie ist ebenso unzureichend. Und im Land selbst ist zur Identitätsstiftung schließlich ein kontinuierlicher „Ostsee-Dialog“ erforderlich, in dem landesweit alle Akteure von Wirtschaft und Gesellschaft, von Arbeitgeberverbänden über Gewerkschaften, Wissenschaft und Wohlfahrtsorganisationen und andere Institutionen einbezogen sind. Kulturell gilt es diese Arbeit durch eine Intensivierung der Kulturinitiative „ARS BALTICA“ verstärkt zu begleiten. Diesen Aufbruch braucht unser Land in der Ostseepolitik.

**Franz Thönnies**



v.l.n.r.: Moderator Udo Biss (NDR), Gerhard Almer (Botschafter für die Deutsche Ostseeratspräsidentschaft), Jan Lundin (Sekretariat des Ostseerates), Franz Thönnies und Kurt Bodewig (Vorstandsvorsitzender Baltic Sea Forum), diskutieren zu „Die Ostsee - Eine europäische Modellregion?“

Foto: Academia Baltica / NDR

## Erhöhung der Mehrwertsteuer: Familienbetriebe in Gefahr

**Die Steuersenkung von 19 auf sieben Prozent auf Hotelübernachtungen reißt jedes Jahr ein dickes Steuerminus von über 1 Mrd. Euro in den Staatsaushalt. Das Steuergeschenk für Möwenpick und andere Großspender von Schwarz-Gelb im Bundestagswahlkampf 2009 sorgt allein in Schleswig-Holstein und seinen Kommunen jährlich für ein Einnahme-Minus von ca. 130 Mio. Euro.**

Die Familienbetriebe der Ausflugs- und Hochseeangelkutter an unseren Küsten hingegen gehören eindeutig nicht zum schwarz-gelben Klientel. Ihnen wurde jetzt nach 28 Jahren ermäßigtem Mehrwertsteuersatz quasi „über Nacht“ und rückwirkend zum 1. Januar 2012 eine Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent beschert. Das bringt der Bundesregierung läppische 20 Mio. Euro an Mehreinnahmen. Die öffentlichen Haushalte werden dadurch zwar nicht saniert, aber die Ausflugsschiffbran-

che gerät teils in existentielle Schieflage.

Obwohl Wirtschaftsminister de Jager im November 2011 vollmundig ankündigte, dass „Kiel für den niedrigen Steuersatz bei Passagierschiffen kämpfen“ werde, hat Schwarz-Gelb in Berlin die SPD-Bundesratsinitiative aus Rheinland-

Pfalz zur Verlängerung der seit 1984 geltenden abgesetzten Mehrwertsteuerregelung gestoppt. Fakt ist also, dass Jost de Jager sich entweder mit den schleswig-holsteinischen CDU/FDP-Bundestagsabgeordneten in Berlin ohne jeden Erfolg für die Reeder eingesetzt hat – das würde

ein Schlaglicht auf die fehlende Durchsetzungskraft der Kieler Landesregierung in Berlin werfen. Oder er hat entgegen seiner vollmundigen Versprechungen gar nicht gekämpft - und damit dann sein Wort nicht gehalten.

In jedem Fall ist der Misserfolg de Jagers fatal für den maritimen Tourismus in Schleswig-Holstein und gefährdet zahlreiche Familienbetriebe. Viele Reeder der Fahrgastschiffe und Hochseeangelkutter haben mit ihrer Hoffnung auf die Unterstützung von de Jager und den CDU/FDP-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein für die SPD-Bundesratsinitiative in Berlin bedauerlicherweise Schiffbruch erlitten.

An der Küste weiß man: Gefahrguttonnen sind schwarz-gelb und signalisieren Gefahr – rote und grüne Tonnen weisen den sicheren Kurs!

*Bettina Hagedorn*



**Der ehem. MdL Gerhard Poppendiecker, SPD-MdEP Ulrike Rödust und MdB Bettina Hagedorn auf dem Weg zum Ortstermin mit Hochseeanglern am 9.12.11 in Heiligenhafen**

## Nationale Küstenwache noch lange nicht in Sicht

„Mit der späteren Zielsetzung des Aufbaus einer Nationalen Küstenwache wollen wir zunächst die Kompetenzen der gegenwärtig am Küstenschutz beteiligten Bundesbehörden zusammenführen.“ So steht es im Koalitionsvertrag der derzeit amtierenden Bundesregierung. Gelungen ist bis dato weder das eine noch das andere. Im Gegenteil. Anfang März stand das Thema erneut als „neverending story“ auf der Tagesordnung des Rechnungsprüfungsausschuss. Der Anlass: ein mangelhafter schwarz-gelber Regierungsbericht, für den ein-

stimmig bis zum Herbst auf „Nachbesserung“ der Ministerien gepocht wurde.

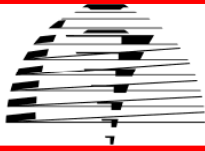
Ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass die für die Küstenwache zuständigen vier Bundesministerien weiterhin eine Mentalität der Kompetenz- und Besitzstandswahrung an den Tag legen und uns Abgeordneten Tappschrittschritte im Schnecken tempo als Erfolg verkaufen wollen, weil immerhin die Richtung stimmt. Es ist höchste Zeit, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung ehrgeizigere Ziele engagierter verfolgt und vor allem zügig zu konkreten

Ergebnissen im Sinne der Sicherheit der Menschen an den Küsten im Norden kommt!

Seitdem die schwarz-gelbe Besatzung am Ruder ist, will offenbar jeder Minister „Kapitän auf der Brücke“ bleiben und keine Kompetenzen an andere abgeben - weder im Innen-, Verkehrs-, Finanz- noch im Landwirtschaftsministerium. Vor allem konservativ regierte Länder wie Niedersachsen blockieren bislang die erforderliche Übergabe von Kompetenzen zugunsten einer stärkeren Seesicherheit von den Ländern auf

den Bund, während Schleswig-Holstein zu Zeiten einer SPD-geführten Landesregierung genau dazu seine Bereitschaft erklärt hatte – ganz im Sinne eines überparteilich getragenen Antrages im Landtag Schleswig-Holsteins bereits 2004. Damals hatten noch alle das „Pallas“-Unglück in der Nordsee warnend und mahnend im Hinterkopf. Und heute? - Es verstärkt sich der Eindruck, dass wir Abgeordneten die Ministerien „zum Jagen tragen müssen“. Das ist komplett inakzeptabel.

*Bettina Hagedorn*



## Ramsauer spart wieder am NOK

Erst im November hatte der Haushaltsausschuss auf Initiative der SPD 300 Mio. Euro (2012 bis 2016 pro Jahr 60 Mio. Euro) für den Neubau der fünften Schleusenammer in Brunsbüttel zur Verfügung gestellt. Jetzt verkündete Verkehrsminister Ramsauer lapidar, dass er statt der bereit stehenden 120 Mio. Euro bis Ende 2013 für die Baumaßnahme am Nord-Ostsee-Kanal jetzt nur ein Drittel - nämlich 41 Mio. Euro - investieren könne. Die Vergabe der Hauptbaumaßnahme sei angeblich erst Anfang 2013 möglich! Bezeichnend ist, dass Ramsauer dennoch mit CDU-Kandidat de Jager am 17. April mit viel Brimborium den Ersten Spatenstich in Brunsbüttel medienwirksam inszenieren und wahlkampftechnisch ausschachten will. Das ist absurd: Die 5. Schleusenammer ist planfestgestellt, die Schäden an den beiden alten Schleusen sind haarsträubend und Schwarz-Gelb müsste schlicht Tempo machen, statt auf der Bremse zu stehen. — Oder benötigt Ramsauer die übrigen 80 Mio. Euro wieder für bajuwarische Lieblingsprojekte? **Bettina Hagedorn**

## Enge Zusammenarbeit mit Dänemark



**Franz Thönnies eröffnete die deutsch-dänische Verkehrskonferenz der schleswig-holsteinischen und der süddänischen Sozialdemokraten**

Am 20. Februar 2012 veranstaltete die schleswig-holsteinische SPD gemeinsam mit den süddänischen Sozialdemokraten in Sønderborg einen Verkehrsgipfel unter dem Titel „Wachstum in Südjütland und Schleswig-Holstein“.

Zusammen mit dem Vorsitzenden der süddänischen Sozialdemokraten, Nils Ole Beck, eröffnete der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies den Gipfel. Im Anschluss folgten Kurzreferate vom dänischen Verkehrsminister Henrik Dam Kristensen, von SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig, vom SPD-Landesvor-

sitzenden Ralf Stegner und der Europaabgeordneten Christel Schaldemose aus Dänemark.

Anschließend debattierten die Sozialdemokraten u.a. über die Fragen: Wie passen wir unsere Regionen an eine höhere grenzüberschreitende Verkehrsdichte an? Wie sichern wir eine Balance im Hinblick auf die Fehmarnbelt-Querung? Welche Unterstützungen gibt es zukünftig aus der EU für diesen Bereich?

Verabredet wurde schließlich, einen gemeinsamen Arbeitskreis zu bilden. Themen sollen neben der Infrastruktur auch der grenz-

überschreitende Arbeitsmarkt, Hochschul- und Forschungskooperationen, die Entwicklung einer integrierten und maritimen Politik sowie das Feld der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sein. Diskutiert wurde auch über eine Modellregion für die E-Mobilität. Allen Beteiligten war klar, dass eine erfolgreiche wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der Region nur gemeinsam verwirklicht werden kann. Und dies am besten, wenn es in Dänemark und in Schleswig-Holstein eine sozialdemokratisch geführte Regierung gibt.

## Erklärung zum Elbtunnelbau — nur heiße Wahlkampfluft!

Mit Versprechungen in punkto Verkehrsprojekte sind CDU und CSU momentan besonders schnell. Es ist schließlich Wahlkampf. Die A 20 wollen sie bauen, versicherten Ramsauer, McAllister und de Jager bei der Unterzeichnung einer eigens aufgesetzten Erklärung Ende Februar. Mit dem Einhalten seiner Versprechen haperts bei Ramsauer allerdings gewaltig. Und das schon seit Jahren, wie Landesgruppensprecher Ernst

Dieter Rossmann herausgefunden hat. Die Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums (BMVBS), wie der Elbtunnel im Zuge der A 20 finanziert werden soll, hatte der Bayer ursprünglich für das Jahr 2010 angekündigt. Inzwischen „hofft“ man im BMVBS, Ende dieses Jahres „eine entscheidungsreife Grundlage“ zu haben. Bei der Pressekonferenz zeigte sich Ramsauer noch überzeugt davon, dass die Hinterlandbin-

dung der Fehmarnbeltquerung nicht zum Aus für andere Großprojekte in Schleswig-Holstein führen wird. In der Beantwortung der Fragen unserer Landesgruppe verweist die Bundesregierung aber darauf, dass „Finanzierungsmöglichkeiten und die Priorisierung anderer zum Bau vorgesehener Maßnahmen im jeweiligen Land berücksichtigt werden müssen.“ Das klingt doch schon ganz anders. Konsequenterweise

verweigert das BMVBS die Antwort auf die konkrete Frage, wie die Großprojekte im Norden parallel finanziert werden sollen, komplett.

An anderer Stelle wird immerhin verraten: „Belastbare Aussagen zu Finanzierungsmöglichkeiten von Großprojekten sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.“ - Aber den Bau versprechen, das kann man ja schon mal. (nb)

## Meeresforschung made in Schleswig-Holstein

Rund 71 Prozent der Oberfläche der Erde sind mit Wasser bedeckt. Diese Zahl allein schon zeigt die großen Herausforderungen und grundsätzlichen Fragen, vor denen Wissenschaft und Forschung bei der Untersuchung unserer Meere und Ozeane stehen. Deutschland und speziell Schleswig-Holstein sind dabei im Bereich der Meeresforschung gut aufgestellt. Mit dem GEOMAR/Helmholtz-Zentrum für Meeresforschung in Kiel, dem Helmholtz-Zentrum für Material- und Küstenforschung in Geesthacht, dem Forschungs- und Technologiezentrum Büsum, den Forschergruppen an der Universität in Kiel und auch den beiden Instituten des Alfred-Wegener-Helmholtz-Zentrums Bremerhaven in List auf Sylt und auf Helgoland. Damit sind in Schleswig-Holstein mehr als 2000 Menschen unmittelbar in der Meeresforschung beschäftigt. Das Land hat die größte Einrichtung dieser Art in Deutschland und GEOMAR/Helmholtz zählt zu den Top Drei in Europa. Wesentliche Voraussetzung für diese Aktivitäten ist die

kontinuierliche Förderung durch Bund und Länder. Mit der Förderung von drei Exzellenzclustern in Hamburg, Kiel und Bremen konnte die Meeresforschung im Norden auch in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder mehrere Achtungserfolge erzielen.

Wenn auch sonst die Exzellenzförderung des Bundes einseitig in den Süden der Republik geht, ist die Polar-, Ozean- und Küstenforschung eines der wenigen Highlights an Forschung, die wir überhaupt im Norden haben. Eine enge Vernetzung bestehender Kapazitäten der Meeresforschung mit Standorten und Unternehmen aus der maritimen Wirtschaft (vom Schiffbau über die Zulieferindustrie bis zu Dienstleistungsangeboten) bietet zudem große Potentiale für den Industrie- und Innovationsstandort. Mit dem Maritimen Cluster Norddeutschland wurde 2011 bereits ein begrüßenswertes Projekt zur engeren Vernetzung der maritimen Wirtschaft und der Wissenschaft auf den Weg gebracht. Darüber hinaus sind auch verstärkte Kooperationen mit der Luft- und Raumfahrtforschung und -industrie wünschenswert, da die Herausforderungen für Material und Technologien unter extremen Bedingungen im Meer wie in der Atmosphäre durchaus ähnliche Problemstellungen verursachen.

Die gute und weiterentwickelte Ausgestaltung der Meeresforschung und der Forschungsinfrastruktur wie auch die Stärkung von Ausbildung und Qualifizierung von wissenschaftlichem und technischem Personal sind auch deshalb unab-

dingbar, weil sich die Forschungsfelder und Zusammenhänge in der Meeresforschung in der Zukunft noch stark erweitern werden.

► Die heutige Klimaforschung ist ohne eine starke Meeresforschung undenkbar.

► Die Meere sind eine zunehmend interessanter werdende Quelle für Rohstoffe.

► Die Meeresforschung leistet wichtige Beiträge zur Stärkung des Umweltschutzes und der nachhaltigen Nutzung der Meere.

► Eng mit der Meeresforschung und der Entwicklung maritimer Technologien verknüpft sind jedoch auch Fragen nach der Nutzung der Weltmeere.

► Auch der Ausbau der Offshore-Windkraft muss flankiert werden von einer ökologischen Begleitforschung und forciert werden durch Verbesserungen bei Technologien und Verfahren.

Langfristig ist die bundesdeutsche Meeresforschung ebenso wie Wissenschaft und Forschung im Allgemeinen ohne motivierten und aktiven Nachwuchs undenkbar. Besondere Herausforderungen für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bestehen in der Meeresforschung aufgrund der regional klar verteilten Forschungsschwerpunkte und der im Vergleich zu anderen Forschungsfeldern begrenzten Zahl von Forschungseinrichtungen. Hier kann und muss Forschungspolitik ansetzen. Die SPD hat hierzu einige Vorschläge erarbeitet.



**Ernst Dieter Rossmann ist Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion**

Und als forschungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion habe ich eine ganz persönliche Vision für einen starken Norden: So wie es ein zentrales Polarforschungsinstitut gibt (das AWI in Bremerhaven) und ein zentrales Institut für Ozeanforschung (in Kiel) sollte es auch ein zentrales Institut für Küstenforschung geben (in Schleswig-Holstein). Auch dafür gilt es zu arbeiten.

*Ernst Dieter Rossmann*

### Vorstandswahlen bei der PL

Als Sprecher der Parlamentarischen Linken wurde Ernst Dieter Rossmann Anfang März bestätigt. Ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt wurden die stellvertretenden Sprecher Klaus Barthel, Christine Lamprecht und Carsten Sieling sowie Schatzmeisterin Petra Merkel. Neu im Vorstand ist die Sprecherin des Forums Demokratische Linke 21, Hilde Mattheis. Als Mitglied des erweiterten Vorstands wurde u.a. Gabriele Hiller-Ohm wiedergewählt.

#### Impressum

#### „Bundestag direkt“

##### Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

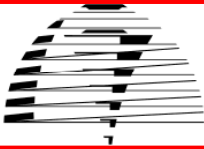
##### Redaktion & Layout

Nadine Brockmann  
Landesgruppenbüro:  
PLH, 7.144, 11011 Berlin  
Tel.: 030/227-75318

Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

##### Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt, Büro Dr. Hans-Peter Bartels, MdB



## SPD-Bundestagsfraktion fragt: Wie wollen wir morgen leben?

*Die SPD will im nächsten Jahr wieder Regierungsverantwortung auf Bundesebene übernehmen. Damit sie darauf gut vorbereitet ist, hat sie bereits bei ihrer Klausurtagung Anfang des Jahres 2011 das „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ gestartet. Sieben Projektgruppen beschäftigen sich seitdem intensiv mit speziellen Zukunftsthemen. Und sie tun dies nicht nur intern, sondern nehmen auch gezielt Kontakt zu gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, zu Gewerkschaften und Unternehmen, zur Wissenschaft und Kultur sowie natürlich – im Rahmen von Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen und im Internet unter „zukunftsdialog.spdfraktion.de“ – zu Bürgerinnen und Bürger auf. Wir stellen die sieben Arbeitsgruppen vor.*

### ► Infrastrukturkonsens

Um Deutschland zu modernisieren, muss in den kommenden Jahren verstärkt in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden. Dazu gehören die Netzinfrastruktur für Energie und Kommunikation genauso wie die Verkehrsinfrastruktur sowie die Stadtentwicklung und der Gebäudebestand.

Im Projekt „Infrastrukturkonsens“ – federführend sind Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Garrelt Duin und Matthias Miersch – erarbeitet die Fraktion ein sozialdemokratisches Konzept für die Industriegesellschaft von morgen und für ein ressourcenschonendes Leben und Wirtschaften. Sie haben u.a. bereits ein Diskussionspapier zum Thema „Von der Bundesverkehrswegeplanung zur Bundesverkehrsnetzplanung“ vorgelegt.

### ► Ordnung für Arbeit/Kreativpakt

Anette Kramme, Siegmund Ehrmann und Lars Klingbeil machen sich in dieser Arbeitsgruppe Gedanken über eine Arbeitswelt, in der Beschäftigte gut und sicher leben können. Nötig sind ihrer Ansicht nach vor allem faire Regeln für gute Arbeit, um unsichere Beschäftigung und Niedriglöhne zurückzudrängen, Leiharbeit

und ungewollte Teilzeit einzugrenzen und die unbefristete und ordentlich bezahlte Arbeit zu stärken. Auch Fragen der Gesundheit am Arbeitsplatz und der souveränen Gestaltung der Arbeitszeit stehen im Fokus.



**Ernst Dieter Rossmann, bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

### ► Steuer- und Finanzierungskonzept

Die Einkommensverteilung in Deutschland ist in eine Schieflage geraten. Geringe Einkommensgruppen hatten in den vergangenen Jahren Reallohnverluste. Bezieher mittlerer Einkommen kämpfen darum, ihren Lebensstandard halten zu können. Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und die staatliche Handlungsfä-

higkeit zu erhalten.

Deshalb erarbeiten Nicolette Kressl und Carsten Schneider in dieser Gruppe federführend ein Steuer- und Finanzierungskonzept, das einen gerechteren Lastenausgleich in unserer Gesellschaft anstrebt, die Staatsfinanzen in Ordnung bringt, die Neuverschuldung nach den Regeln der Schuldenbremse in der Verfassung zurückführt und gleichzeitig neue Spielräume zur Finanzierung der anstehenden Zukunfts- und Modernisierungsaufgaben schafft.

### ► Ganztagschule

Ernst Dieter Rossmann entwickelt für die Fraktion einen Masterplan für den Ausbau der Ganztagschulen. Ganztagschulen schaffen Raum und Zeit, damit alle Kinder und Jugendlichen ihre Stärken und Begabungen, ihre Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft entwickeln, erproben und entfalten können. Schule soll zu einem aktiven sozialen Lern- und Begegnungsort werden – mit bester Förderung aller Schülerinnen und Schüler, mit hervorragend qualifizierten Pädagogen, guten Freizeitangeboten und einer attraktiven Vernetzung mit Vereinen, Kulturträgern, Jugendhilfe und Jugendarbeit.

Dabei soll Schule auch qualitativ weiterentwickelt werden. Es soll gefragt werden, wodurch sich die gute Schule der Zukunft auszeichnet und wie Schulen in diesem Prozess unterstützt werden können. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, bis 2020 jedem Kind einen Platz in einer guten Ganztagschule anbieten zu können.

### ► Integration

Aydan Özoğuz hat für die Fraktion ein integrationspolitisches Konzept erstellt, das sie derzeit in einem intensiven Dialog mit Interessierten aus Vereinen und Verbänden sowie Experten diskutiert. Integrative Stadtteilentwicklung und die Verhinderung von sozialer Benachteiligung stehen dabei u.a. im Mittelpunkt.

- Fortsetzung auf Seite 9 -

## - Termin -

**13.04.2012, 18.30 Uhr, Kiel:**

Im November war sie in Elmshorn, im Februar in Lübeck und am 13. April wird die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und stv. Parteivorsitzende **Aydan Özoğuz** zu Gast in der Landeshauptstadt sein. **Hans-Peter Bartels** lädt ein zur Diskussion unter dem Motto „So gelingt die Integration“. Die Veranstaltung findet im Legienhof statt. Weitere Informationen und Anmeldungen im Wahlkreisbüro unter mail@hans-peter-bartels.de.



**Aydan Özoğuz, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**



- Fortsetzung von Seite 8 -

## ► Gleichstellung

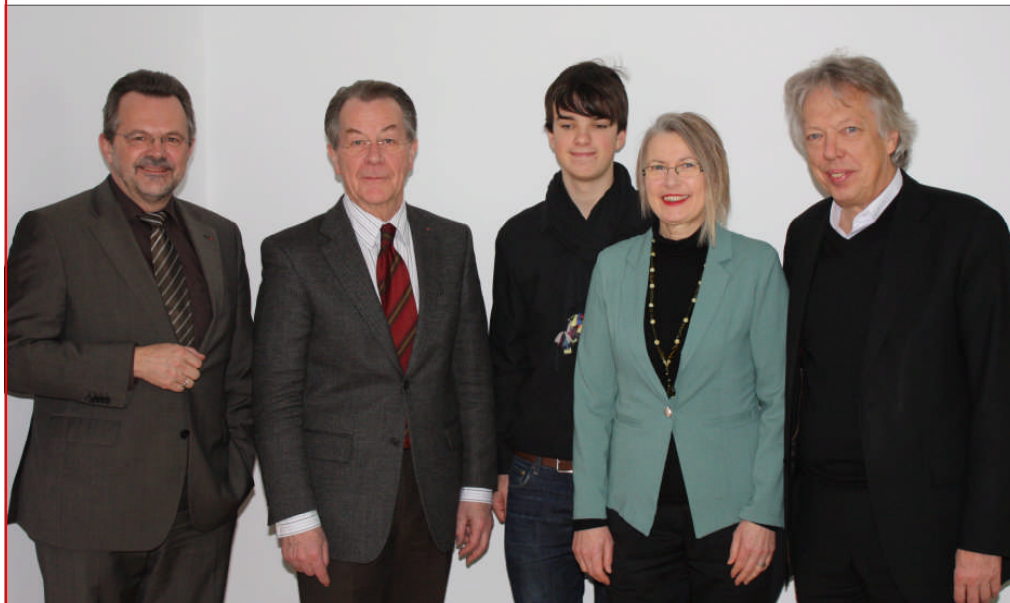
Christel Humme und Caren Marks arbeiten an einem gleichstellungspolitischen Konzept, das die Gleichstellung von Frauen durch gesetzliche und andere Maßnahmen tatsächlich voranbringt. Sie konzipieren gesetzliche Regelungen für gleichen Lohn und zur Quotierung von Spitzenpositionen in Unternehmen. Außerdem entwickeln sie Vorschläge, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, mehr Partnerschaftlichkeit zu erreichen und das Steuersystem geschlechtergerecht weiterzuentwickeln.

## ► Miteinander der Generationen

Auftrag der Projektgruppe von Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Franz Müntefering ist es, ein politikfeldübergreifendes Konzept für eine sozialdemokratische Generationenpolitik zu erarbeiten. Wir kann man die junge Generation besser unterstützen. Wie kann man die mittleren Jahrgänge bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben im Alltag (Beruf, Kindererziehung, Pflege) entlasten? Und wie lassen sich eine aktive Teilhabe Älterer am sozialen Leben gewährleisten und die Potenziale des Alters besser nutzen? Die Antworten auf diese Fragen sollen im Gespräch mit den Menschen, mit Organisationen, Verbänden und Experten gemeinsam entwickelt werden.

Weitere Informationen zu den Projektgruppen und ihren Positionspapieren sind zu finden auf der Homepage der SPD-Bundestagsfraktion ([www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)) unter der Rubrik „Projekt Zukunft“.

## „Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl“



Franz Thönnies, Franz Müntefering, Arne Popp (Praktikant im Büro Rix), Gabriele Hiller-Ohm und Ernst Dieter Rossmann nach dem Gespräch über demografischen Wandel in der Landesgruppe. In Flensburg, Neumünster und Wedel war Müntefering zu diesem Thema auch bereits bei Fraktionvor-Ort-Veranstaltungen zu Gast.

Wie Franz Müntefering sich die ältere Generation der Zukunft vorstellt, dafür gibt er selbst das beste Beispiel ab. Mit seinen 72 Jahren ist er weit davon entfernt, sich aufs bequeme Altenteil zu setzen. Statt dessen tourt er derzeit durch die Republik, um auf die Herausforderungen des demografischen Wandels aufmerksam zu machen und mit vielen Menschen über das Projekt Zukunft „Miteinander der Generationen“ der SPD-Bundestagsfraktion ins Gespräch zu kommen, für das er gemeinsam mit Sabine Bätzing-Lichtenthäler verantwortlich zeichnet.

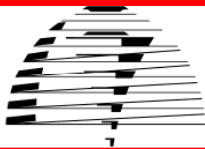
Bei seinem Besuch in der Landesgruppe erfuhren die Abgeordneten, dass Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt gut dasteht. Derzeit sind im hohen Norden mehr Zu- als Wegzüge zu verzeichnen. Bei einer Geburtenrate von 7,7 und einer Sterberate von elf Prozent ergibt sich vergleichsweise nur ein

leichtes Minus in der Bevölkerungsstatistik. Dennoch existieren in Schleswig-Holstein gravierende Unterschiede. So positiv wie im sogenannten Speckgürtel von Hamburg sieht es bei weitem nicht überall aus.

Franz Müntefering weist darauf hin, dass ab dem Jahr 2035/2040 die deutsche Bevölkerung deutlich weniger wird. Eines der entscheidenden Probleme dabei sei der Fachkräftemangel, gegen den sich derzeit nur einige Großunternehmen adäquat wappnen. Im ländlichen Raum, in Klein- und Großbetrieben sowie im öffentlichen Dienst werde er aber spürbar sein. Gegenmaßnahmen können die volle Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von Schul- und Studienabbrechern sowie Zuwanderung sein. In der Zuwanderung (geregelt etwa durch ein Punktesystem) sieht Franz Müntefering allerdings nicht die primäre Lösung.

Für den Bereich der sozialen Berufe muss es seiner Ansicht nach eine größere Wertschätzung geben, die sich zwingend auch in höheren Löhnen manifestieren sollte.

Gut bezahlte Arbeit, eine ganz zentrale Frage im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, ist ein entscheidender Beitrag dazu, die sozialen Sicherungssysteme stabil zu halten. Deren mögliche Instabilität ist laut Franz Müntefering eine der größten Zukunftssorgen der Menschen. Um sie stabil zu halten, müssten Ältere „mehr mit ran“. Nicht nur in der Arbeitswelt, auch im Ruhestand will der Bundesarbeitsminister a.D. die ältere Generation in der Gesellschaft eingebunden sehen, die über sehr viel Potential verfügt. „Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl, wer dazu in der Lage ist, sollte sich einbringen“, bringt er sein Anliegen auf den Punkt. (nb)



## Untersuchungsausschuss nimmt Arbeit auf

**Vor etwa sechs Wochen hat der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ seine Arbeit aufgenommen. 2013 wird er seine Ergebnisse vorlegen. Gegenstand der Untersuchungen ist vor allem die Frage, wie sich Rechtsextremismus besser bekämpfen lässt, wo Bundesbehörden nicht ausreichend informiert wurden und inwieweit der Gesetzgeber auf Bundesebene tätig werden muss.**

Wir werden engagiert an die Arbeit gehen. Hauptaufgabe wird die lückenlose Aufarbeitung der Mordserie und die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen sein. Das sind wir den Opfern und ihren Familien schuldig. Ich meine, dabei darf es nicht zu Kompetenzstreitigkeiten mit der Bund-Länder-Kommission kommen, die sich den gleichen Aufgaben verschrieben hat. Deshalb setzen wir uns mit den Kommissionsmitgliedern frühzeitig zusammen und ich bin optimistisch, dass wir zu einer effizienten Arbeitsteilung finden werden. Zunächst geht es in dem elfköpfigen Untersuchungsausschuss um die Sicherheitsarchitektur in Deutschland, die Organisation der Behörden und den Rechtsextremismus allgemein.

Nach Ostern beginnt dann die konkrete Aufklärung des Sachverhalts, mit dem abschließenden Ziel, auf Bundesebene Verbesserungen durchzusetzen.

Bis heute sind schon die Verfahrensbeschlüsse und knapp 100 Beweisanträge einvernehmlich beschlossen worden. Alle Fraktionen ziehen an einem Strang.

Aber die Aufarbeitung der Mordserie darf nicht die abschließende Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein. Wir werden zudem Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie zukünftig die Arbeit der Sicherheitsbehörden im Bund und den Ländern verbessert werden und mehr Zusammenarbeit stattfinden kann.

Aber auch die Zivilgesellschaft ist weiterhin gefor-

dert. Den Kampf gegen Rechtsextremismus kann man allein mit staatlichen Mitteln nicht gewinnen. Es gilt, rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Ideen konsequent entgegenzutreten, bevor sie sich in den Köpfen der Menschen festsetzen können.

Wissenschaftliche Erkenntnisse weisen darauf hin, dass sich gerade in Zeiten der Krise auch die so genannte Mitte der Gesellschaft als zunehmend anfällig für rechtsextreme Parolen und Ideen erweist. Eine Kürzung der Mittel, die für die Förderung demokratischer Initiativen und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung stehen, wäre vor diesem Hintergrund ein völlig falsches Signal.

Zur Stärkung der Zivilgesellschaft werden wir auch über das Instrument der „Extremismusklausel“ reden. Denn diese stellt Initiativen und Vereine nicht nur vor große bürokratische Hürden. Wichtiger noch ist die Tatsache, dass nicht



**Sönke Rix ist Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Untersuchungsausschuss zur Mordserie der NSU**

einmal die Landesämter für Verfassungsschutz bezüglich der Verfassungstreue von Organisationen zu einheitlichen Ergebnissen kommen. Die Überprüfung, ob ein Verein verfassungsmäßig agiert, ist hochkomplex und kann nur mit hoheitlichen Befugnissen wahrgenommen werden.

Aufgaben haben wir also genug, hoffentlich reicht die Zeit.

**Sönke Rix**

## Die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen

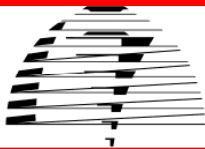


**Volker Müller, Martin Habersaat, Sylvia Schmidt, Franz Thönnies und Ursula Brandt (von links)**

Zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung in seinem Betreuungswahlkreis hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies gemeinsam mit Silvia Schmidt, Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, am 14. Februar 2012 nach Reinbek eingeladen.

Zusammen mit Volker Müller, SPD-Fraktionsvorsitzender Reinbek, Ursula Brandt, Behindertenbeauftragte der Stadt und Martin Habersaat, Mitglied des Landta-

ges und SPD-Kreisvorsitzender Stormarn, sowie Bürgerinnen und Bürgern, wurde ausgiebig über die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention und ein von der SPD-Bundestagsfraktion hierzu erarbeitetes Positionspapier diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass es sich eine Gesellschaft nicht leisten kann, Menschen mit Behinderungen abseits stehen zu lassen. Um dies zu verhindern verfolgt die SPD-Bundestagsfraktion das Ziel einer inklusiven Gesellschaft.



## 101 Jahre Internationaler Frauentag: Weiter geht es nur mit gesetzlichen Regelungen!

*Im März erinnern der Internationale Frauentag am 8. und der Equal Pay Day am 23. daran, dass Frauen einen harten Kampf für gleiche Rechte und Chancen hinter und noch vor sich haben. Schwarz-Gelb bringt dabei nur Stillstand: Merkel kümmert sich nicht um Gleichberechtigung, Schröder will gar keine Frauenministerin sein und die FDP ist ideologisch völlig verbohrt.*

Der 8. März geht auf die internationale Arbeiterinnenbewegung Ende des 19. Jh. zurück. Durch die Industrialisierung wurden Frauen als Arbeitskräfte dringend gebraucht, bekamen aber im Vergleich zu Männern nur Hungerlöhne. Das Problem der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern ist auch im 21. Jahrhundert ungelöst. Bis zum 23. März müssen Frauen arbeiten, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Deutschland ist damit das Negativbeispiel in Europa.

### - Termin -

**25.03.2012, 11 Uhr,  
Lübeck:**

Unter dem Motto „Mach mal Platz, Mann! Für eine Geschlechterquote“ steht das Sonntagsfrühstück, das **Gabriele Hiller-Ohm** zwei Tage nach dem Equal Pay Day im Haus der Kulturen anbietet. Als Referentin kommt die Berliner Bundestagsabgeordnete und AsF-Landesvorsitzende **Eva Högl** in die Hansestadt. In der Talkrunde zu Gast sind u.a. auch **Cornelia Östreich**, AsF-Landesvorsitzende Schleswig-Holstein und **Uwe Polkaehn**, Vorsitzender des DGB-Bezirks Nord. Interessierte senden Ihre Anmeldung bitte an [gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de](mailto:gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de).

Die SPD-Fraktion arbeitet an einem Gesetzentwurf, der Entgeltgleichheit durchsetzen soll. Denn klar ist, dass die einzelne betroffene Frau, die weniger Lohn bekommt als ihr zusteht, das Problem nicht allein lösen kann. Wir holen deshalb weitere, zum Teil auch außerbetriebliche, Akteure ins Boot. Arbeitgeber, betriebliche Interessenvertretungen und Tarifvertragsparteien sollen durch gesetzliche Verpflichtungen dazu veranlasst werden, sich selbst um diskriminierungsfreie Entgeltsysteme zu bemühen. Für die Kontrolle muss aus datenschutzrechtlichen Gründen eine staatliche oder staatlich kontrollierte Stelle eingeschaltet werden. So kann mit möglichst wenig Bürokratie und möglichst hoher Eigenverantwortlichkeit das Ziel erreicht und Entgeltgleichheit in Deutschland endlich umgesetzt werden.

Ebenso Schlusslicht im europäischen Vergleich ist Deutschlands Frauenanteil in Führungspositionen: Nur 3,7 Prozent der Vorstände in DAX-30-Unternehmen sind Frauen. Das wertvolle Wissen und die Kompetenzen so vieler hervorragend ausgebildeter Frauen bleiben ungenutzt. Aufrufe der Politik und Selbstverpflichtungen der Wirtschaft bleiben folgenlos, und nun ließ sich CDU-Ministerin Schröder im Koalitionsausschuss sogar kampfflos von der FDP ihren zahnlosen Tiger Flexi-

quote schlachten. Die SPD-Bundestagsfraktion dagegen hat zum Internationalen Frauentag ein Gesetz zur Festschreibung von Geschlechterquoten in mitbestimmten und börsennotierten Wirtschaftsunternehmen vorgestellt.

Bis 2015 sollen 40 Prozent eines jeden Geschlechts für Aufsichtsräte und Vorstände verpflichtend werden. Das gilt für die Aktionärs- wie für die Arbeitnehmerseite. Wird die Quote nicht erfüllt, bleiben die Plätze in Aufsichtsrat und Vorstand unbesetzt.

schließlich von einem Minijob leben, sind Frauen. Viele von ihnen arbeiten zu rechtswidrigen Hungerlöhnen und bekommen ihre Ansprüche auf bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Mutterschutz nicht eingelöst. Sie erwerben keine oder nur sehr geringe Ansprüche an die Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherung.

Diese Beschäftigungsform ist schon lange keine gute Möglichkeit eines abgabefreien Zuverdienst mehr, sondern Auswuchs einer



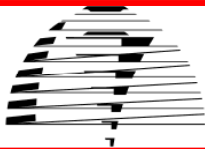
**Gabriele Hiller-Ohm setzt sich als Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales für die Geschlechterquote ein.**

Unter der Annahme, dass jedes Unternehmen dies vermeiden möchte, haben die Regelungen selbstregulierende Wirkung. Es gibt keine Regelungen, die die Nichtigkeit von Aufsichtsratsbeschlüssen anordnen oder Zweifel an der Vertretungsmacht von Vorständen entstehen lassen, denn wir wollen handlungsfähige Unternehmen.

Dennoch haben wir noch nicht alle Probleme gelöst: Minijobs sind zum Massenphänomen geworden. Fast 7,5 Millionen Menschen arbeiten geringfügig. Zwei Drittel derjenigen, die aus-

rein gewinnorientierten Personalpolitik. In einigen Branchen sind andere Stellen schlichtweg kaum noch zu finden. Hier müssen wir Lösungen finden! Auf dem Paritätstag im letzten Dezember haben wir eine Stundenbegrenzung für Minijobs und umfangreichere Informationspflichten beschlossen. Nun muss es darum gehen, ein Konzept zu entwickeln, wie auch geringfügig Beschäftigte fair und sozial abgesichert beschäftigt werden können und dies auch steuerrechtlich zu flankieren. Wir bleiben dran!

**Gabriele Hiller-Ohm**



## Massenhafter Maisanbau mit negativen Folgen

Eine besonders dramatische Entwicklung in punkto Vermaisung in Schleswig-Holstein schilderte der landwirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Wilhelm Priesmeier bei seinem Besuch in der Landesgruppe.

Bundesweit hat sich der erzeugte Strom aus Biogas seit dem Jahr 1993 verzehnfacht. Der Maisanbau konzentriert sich dabei in einigen Regionen. Schleswig-Holstein ist aufgrund seines besonders großen Anteils an Landwirtschaft stark davon betroffen. 25

Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Schleswig-Holstein werden für den Maisanbau genutzt, während es im bundesweiten Durchschnitt unter 20 sind.

Durch die Einspeisevergütungen für Strom aus Biogasanlagen ist es zu einem raschen Anstieg des sehr ertragreichen Maisanbaus gekommen - mit vielen negativen Folgen: So ist Mais existenziell für die Milchwirtschaft, die für Schleswig-Holstein eine große Bedeutung hat. Es existiert demnach ein Interessenskonflikt zwischen stofflicher

und energetischer Nutzung des Maises. Die zum Teil niedrigen Milchpreise in den vergangenen Jahren haben dazu beigetragen, dass sich immer mehr Bauern für die Biogasproduktion entschieden haben. Die Maispflanzen ziehen zudem Humus aus dem Boden und setzen CO<sub>2</sub> aus dem Boden frei.

Dreigliedrige Fruchtfolgen sollten nach Ansicht von Wilhelm Priesmeier daher Pflicht werden, damit CO<sub>2</sub> wieder gebunden und die Anbauflächen sich regenerieren können. (nb)



Wilhelm Priesmeier, landwirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

## Munterer Meinungsaustausch um Mindestlohn

Von der Energiepolitik der Bundesregierung – das war bei dem traditionellen Jahresgespräch mit der Landesgruppe im Februar deutlich heraus zu hören – sind die Vertreter des schleswig-holsteinischen Handwerks ebenso wenig begeistert wie die SPD-Bundestagsabgeordneten. „Da die För-

derungslage bei der energetischen Gebäudesanierung unklar ist, finden entsprechende Investitionen schlichtweg nicht statt“, berichtete Tim Brockmann, Geschäftsführer des Verbandes Handwerk Schleswig-Holstein. Die zum Zeitpunkt des Gesprächs im Bundesrat verhandelte radi-

kale Absenkung der Solarförderung stieß ebenfalls auf wenig Gegenliebe. „Da werden jetzt viele Menschen in finanzielle Probleme gestoßen“, befürchtete Ulrich Mietschke, Präsident des Handwerks Schleswig-Holstein. „Verlässlichkeit und Planbarkeit wären hier wünschenswert“, betonte

der Präsident der Handwerkskammer Flensburg, Eberhard Jürgensen.

Eine sehr lebhaft entwickelte sich hingegen beim Thema Mindestlohn. Während die SPD-Bundestagsabgeordneten für die Einführung eines flächendeckenden Stundenlohns von mindestens 8,50 Euro warben, plädierten die Vertreter des Handwerks Schleswig-Holstein für eine Differenzierung, die unterschiedliche Situationen in verschiedenen Branchen und Regionen berücksichtigt. Auch sollte die bewährte Tarifautonomie möglichst nicht zu sehr eingeschränkt werden.

Mit dem Wunsch nach einer „auskömmlichen Bezahlung“ für Arbeitnehmer stießen die Abgeordneten jedoch grundsätzlich auf offene Ohren bei ihren Gesprächspartnern. „In einigen Bereichen, z.B. in der Elektrobranche, werden im Wettbewerb um gute Fachkräfte schon heute sehr hohe Löhne bezahlt“, so Ulrich Mietschke. (nb)



Von links: Ulrich Mietschke (Präsident Handwerk SH), Bernd Eichner (Vizepräsident HWK Flensburg), Udo Hansen (Hauptgeschäftsführer HWK Flensburg), Gabriele Hiller-Ohm, Ernst Dieter Rossmann, Eberhard Jürgensen (Präsident HWK Flensburg), Günther Stapelfeldt (Vizepräsident HWK Lübeck), Bettina Hagedorn, Tim Brockmann (Geschäftsführer Handwerk SH) und Andreas Katschke (Hauptgeschäftsführer HWK Lübeck)